

Antrag entgegengenommen am:

Stempel der entgegennehmenden Behörde mit Zeichnung Bearbeiterin oder Bearbeiter

Familienname, Vorname	Geburtsdatum, Geburtsort/Geburtsland

Einbürgerungsantrag

Ich beantrage, mich einzubürgern.

Das "Merkblatt zum Einbürgerungsantrag", das "Merkblatt über den Nachweis der Einbürgerungsvoraussetzungen" und das "Merkblatt über das Erheben, Verarbeiten und Speichern personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren" habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen. Über die allgemeinen Voraussetzungen einer Einbürgerung und über meine Verpflichtung zur Mitwirkung im Einbürgerungsverfahren bin ich unterrichtet worden. Ich weiß, dass grundsätzlich auch die Aufgabe oder der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit zu den Einbürgerungsvoraussetzungen gehört und dass meine Angaben richtig und vollständig sein müssen. Mir ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder eine Verwendung unrichtiger oder unvollständiger Angaben nicht nur zur Ablehnung des Einbürgerungsantrags führen können, sondern auch zu einer strafrechtlichen Verfolgung. Ich weiß, dass die Entscheidung über einen Einbürgerungsantrag gebührenpflichtig ist.

<input type="checkbox"/> Ich möchte nur dann eingebürgert werden, wenn auch folgende Person(en) eingebürgert wird/werden, die ebenfalls einen Einbürgerungsantrag stellt/stellen bzw. für die ebenfalls ein Einbürgerungsantrag gestellt wird:

<input type="checkbox"/> Meine Mutter	<input type="checkbox"/> Mein Vater	<input type="checkbox"/> Mein(e) Kind(er)	<input type="checkbox"/> Die mit mir verheiratete/verpartnerte Person
---------------------------------------	-------------------------------------	---	---

<input type="checkbox"/> Ich möchte auch dann eingebürgert werden, wenn dem Einbürgerungsantrag/den Einbürgerungsanträgen der vorgenannten Person(en) nicht entsprochen wird.
--

Ich bin in Deutschland geboren.	
Bei meiner Geburt hatten sich weder meine Mutter noch mein Vater schon acht Jahre lang hier aufgehalten.	
Zum Zeitpunkt meiner Geburt hielt(en) sich	
meine Mutter	mein Vater
bereits seit acht Jahren in Deutschland auf.	
Das Nichtbestehen der deutschen Staatsangehörigkeit ist bereits durch Bescheid festgestellt worden.	
Ich nehme zur Kenntnis, dass die Einbürgerungsbehörde daran nicht gebunden ist. Für den Fall, dass ich ihrer Auffassung nach die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt erworben habe, möchte ich deshalb, dass das Einbürgerungsverfahren ausgesetzt und Sie als die der Aufsicht des Ministeriums des Innern des Land Brandenburg unterliegende zuständige Staatsangehörigkeitsbehörde angewiesen werden, das Bestehen meiner deutschen Staatsangehörigkeit von Amts wegen festzustellen. Für eine anschließende Rücknahme meines Einbürgerungsantrags in diesem Fall beantrage ich Gebührenbefreiung.	
Ich beantrage die deutsche Staatsangehörigkeit zum ersten Mal.	
Ich habe die deutsche Staatsangehörigkeit schon einmal oder mehrmals beantragt, und zwar bei folgender/ folgenden Behörde(n):	
Folgendes/Folgende Geschäftszeichen der Behörde(n) ist/sind mir dazu bekannt:	
Ich besitze gegenwärtig folgende Staatsangehörigkeit(en):	
Ich möchte diese Staatsangehörigkeit(en) behalten; siehe unten zu Ziffer V.	
Falls ich durch meine Einbürgerung diese Staatsangehörigkeit(en) nicht verliere, bin ich bereit, sie aufzugeben. Eine dazu erforderliche Einbürgerungszusicherung bitte ich mir auszustellen. Verlangen die zuständigen Stellen des Staates, dessen Staatsangehörigkeit ich nur unter Vorlage einer Einbürgerungszusicherung aufgeben kann, dass die Zusicherung beglaubigt ist, möchte ich, wenn dies bei der Einbürgerungsbehörde bekannt ist, dass eine solche notwendige Beglaubigung bereits bei der Ausstellung der Einbürgerungszusicherung vorgenommen wird. Ich weiß, dass eine solche Beglaubigung gesondert gebührenpflichtig ist und die Gebühr gegenwärtig 28 Euro beträgt.	
Falls ich nicht alle Voraussetzungen erfülle, unter denen im Regelfall ein Anspruch auf Einbürgerung besteht, mache ich geltend, dass bei mir ausnahmsweise besondere Umstände vorliegen, die es rechtfertigen, mich trotzdem einzubürgern.	
Diese Umstände lege ich bereits in einer Anlage zu diesem Antrag näher dar.	
Soweit es für eine Entscheidung über meinen Antrag darauf ankommen sollte, werde ich diese Umstände der Einbürgerungsbehörde auf Anforderung näher darlegen.	
Ich werde nach Aufforderung bei der den Antrag entgegennehmenden Behörde einen Vorschuss auf die voraussichtlich entstehende Gebühr für die Entscheidung über meinen Einbürgerungsantrag zahlen, und zwar in Höhe von	
191 Euro	38 Euro
Ich beantrage, mich von der Einbürgerungsgebühr zu befreien, hilfsweise, die Gebühr auf _____ Euro zu ermäßigen. Liegt dem Einbürgerungsantrag keine Kopie eines aktuellen Bescheids bei, den ich über die Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder von Leistungen der Sozialhilfe (auch) als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch erhalten habe, weise ich meine finanzielle Bedürftigkeit in einer Anlage zu diesem Antrag im Einzelnen besonders nach.	

Zu meinem Einbürgerungsantrag mache ich folgende Angaben:

I	Angaben zu meiner Person und Identität		weiblich		männlich
---	--	--	----------	--	----------

Ich bin die auf dem hier nebenstehenden aktuellen Lichtbild abgebildete Person. ⇨

Lichtbild

Familienname/Eigename		Geburtsname	
Frühere Namen (Eigennamen oder Familiennamen)			
Vorname(n)		Vatersname(n)/Mittelname	
Gegenwärtige Anschrift (Hauptwohnsitz im Inland): Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer			
Telefon – Telefax – E-Mail (freiwillige Angabe!)			
Geburtsdatum		Geburtsort, Geburtsland	
Familienstand	<input type="checkbox"/>	ledig	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	verheiratet	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	verwitwet	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	geschieden	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	verpartnert	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	getrennt lebend	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	seit (Datum)	<input type="checkbox"/>
Ort, an dem die bestehende Ehe/Lebenspartnerschaft geschlossen bzw. begründet wurde		Staatsangehörigkeit(en) der mit mir verheirateten/verpartnerten Person	
Datum und Ort früherer Eheschließung(en)/Verpartnerung(en)		aufgelöst durch:	
1.			
2.			
Staatsangehörigkeit(en) der mit mir früher verheirateten/verpartnerten Person(en) während der Ehe/Lebenspartnerschaft:			
1.		2.	

Weitere Angaben zu der mit mir verheirateten/verpartnerten Person

Weitere Angaben zu der Person sind nur machen, wenn eine der beiden folgenden Aussagen angekreuzt wird.

<input type="checkbox"/>	Die mit mir verheiratete/verpartnerte Person stellt auch einen Einbürgerungsantrag.
<input type="checkbox"/>	Die mit mir verheiratete/verpartnerte Person besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Ich möchte auf Grund meiner ehelichen/partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft mit ihr eingebürgert werden. Unsere eheliche/partnerschaftliche Lebensgemeinschaft besteht nicht nur formal.

II	Angaben zu meinem rechtmäßig gewöhnlichen Inlandsaufenthalt
-----------	--

Angaben zu meinem tatsächlichen Aufenthalt im Inland und Ausland

Ich habe mich aufgehalten:

Von (Monat.Jahr)	bis (Monat.Jahr)	in (Ort/Land)
meiner Geburt		

Angaben zu meinem Aufenthaltsrecht im Inland

<input type="checkbox"/>	Ich bin als Unionsbürgerin oder Unionsbürger gemäß dem Freizügigkeitsgesetz/EU freizügigkeitsberechtigt.
<input type="checkbox"/>	Mir ist eine Niederlassungserlaubnis (§ 9 Aufenthaltsgesetz) erteilt.
<input type="checkbox"/>	Mir ist eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG (§ 9a Aufenthaltsgesetz) erteilt.
<input type="checkbox"/>	Mir ist eine Aufenthaltserlaubnis erteilt nach folgender Vorschrift:
<input type="checkbox"/>	Die Aufenthaltserlaubnis ist gültig bis
<input type="checkbox"/>	Ich besitze folgenden/folgendes andere(n) Aufenthaltstitel/Aufenthaltsrecht:

Angaben zu meinem asylrechtlichen Status

<input type="checkbox"/>	Ich habe kein Asyl beantragt.
<input type="checkbox"/>	Ich habe einen Asylantrag/Asylfolgeantrag gestellt, über den noch nicht bestandskräftig entschieden ist.
<input type="checkbox"/>	Mein Asylantrag/Asylfolgeantrag wurde(n) bestandskräftig abgelehnt.
<input type="checkbox"/>	Ich bin als Asylberechtigte(r) unanfechtbar anerkannt.
<input type="checkbox"/>	Mir ist die Flüchtlingseigenschaft unanfechtbar zuerkannt.

Angaben zur erforderlichen Dauer meines rechtmäßig gewöhnlichen Inlandsaufenthalts

<input type="checkbox"/>	Ich mache geltend, dass ich mich, um einen Anspruch auf Einbürgerung zu haben, nicht acht Jahre lang rechtmäßig gewöhnlich im Inland aufgehalten haben muss,
<input type="checkbox"/>	wenn ich gleichzeitig oder in engem zeitlichen Zusammenhang mit der mit mir verheirateten Person beziehungsweise mit meiner Mutter oder meinem Vater eingebürgert werde (siehe oben).
<input type="checkbox"/>	weil ich an einem Integrationskurs erfolgreich teilgenommen habe und die Frist deshalb sieben Jahre beträgt.
<input type="checkbox"/>	weil ich besondere Integrationsleistungen erbracht habe und die Frist deshalb auf sechs Jahre verkürzt werden kann . Meine besonderen Integrationsleistungen lege ich in einer Anlage zu diesem Antrag dar.

III	Angaben zu meiner Verfassungstreue
------------	---

Unter Verwendung der mir dazu ausgehändigten Formulare

	lege ich ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab.
	gebe ich eine sogenannte Loyalitätserklärung ab.

IV	Angaben zu meiner Unterhaltsfähigkeit
-----------	--

	Ich nehme als Schülerin oder Schüler oder als Studierende(r) noch nicht am Erwerbsleben teil.
	Ich bin Auszubildende(r) im Sinne der Gesetze (z. B. des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung).
	Ich bin als Arbeitnehmer(in) abhängig beschäftigt.
	Ich bin beruflich selbständig tätig.
	Ich bin arbeitslos/als arbeitslos gemeldet.
	Ich bin nicht erwerbsfähig.
	Ich habe das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet oder die in § 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch bestimmte Altersgrenze bereits erreicht.
	Ich kann/Ich und die mit mir verheiratete/verpartnerte Personen können gemeinsam den Lebensunterhalt für mich und meine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder von Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch bestreiten.
	Ich nehme Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch in Anspruch.
	Ich mache geltend, dass ich die Inanspruchnahme der Leistungen nicht zu vertreten habe. Soweit ich nach meinem Lebensalter bereits am Erwerbsleben rechtmäßig teilnehmen könnte und kein(e) Schüler(in) mehr bin, lege ich Näheres dazu in einer Anlage zu diesem Antrag dar.
	Ich nehme keine Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch in Anspruch, bin aber nicht sicher, ob ich möglicherweise Anspruch auf solche Leistungen haben könnte.
	Meine Einwilligung in eine Erteilung von Auskünften der zuständigen Leistungsträger an die Einbürgerungsbehörde habe ich auf einem besonderen Formular erklärt, das mir die meinen Antrag entgegennehmende Behörde dazu ausgehündigt hat; ich füge die Erklärung bereits diesem Antrag bei.
	Meine Einwilligung in eine Erteilung von Auskünften der zuständigen Leistungsträger an die Einbürgerungsbehörde werde ich auf Anforderung der Einbürgerungsbehörde erklären.
	Ich und meine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen sind krankenversichert.
	Ich/Ich und die mit mir verheiratete/verpartnerte Person habe(n) eine Altersvorsorge getroffen.
	Für mich/uns werden laufend mindestens die Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt.
	Für mich/uns werden gegenwärtig keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt.
	Ich/Wir habe(n) (auch) anderweitig Vorsorge getroffen. Dazu mache ich in einer Anlage zu diesem Antrag nähere Angaben
	Es ist schon jetzt absehbar, dass ich meinen Lebensunterhalt nicht mehr ohne Inanspruchnahme von Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch bestreiten kann, wenn ich die in § 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch bestimmte Altersgrenze erreichen und dauerhaft nicht mehr erwerbstätig sein werde. Dies habe ich jedoch nicht zu vertreten. Näheres dazu lege ich in einer Anlage zu diesem Antrag dar.

Angaben zu meinen unterhaltsberechtigten Familienangehörigen

<input type="checkbox"/>	Ich bin meinen zu Ziffer I genannten Kinder gegenwärtig zu Unterhaltsleistungen (gleich welcher Art) verpflichtet.
--------------------------	--

<input type="checkbox"/>	Ich bin (auch) meinen folgenden Kinder gegenwärtig zu Unterhaltsleistungen (gleich welcher Art) verpflichtet:
--------------------------	---

Name, Vatersname/Mittelname, Vorname; weiblich/männlich	Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland
Name, Vatersname/Mittelname, Vorname; weiblich/männlich	Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland
Name, Vatersname/Mittelname, Vorname; weiblich/männlich	Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland
Name, Vatersname/Mittelname, Vorname; weiblich/männlich	Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland
Name, Vatersname/Mittelname, Vorname; weiblich/männlich	Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland
Name, Vatersname/Mittelname, Vorname; weiblich/männlich	Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland
Name, Vatersname/Mittelname, Vorname; weiblich/männlich	Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland

<input type="checkbox"/>	Ich bin gegenwärtig weiteren Personen zu Unterhaltsleistungen (gleich welcher Art) verpflichtet.
--------------------------	--

<input type="checkbox"/>	_____ früher mit mir verheirateten/verpartnerten Person(en)
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	meiner Mutter
--------------------------	---------------

<input type="checkbox"/>	meinem Vater
--------------------------	--------------

<input type="checkbox"/>	Die mit mir verheiratete/verpartnerte Person ist gegenwärtig _____ anderen Person(en) zu Unterhaltsleistungen (gleich welcher Art) verpflichtet.
--------------------------	--

V	Angaben zur Beibehaltung meiner bisherigen Staatsangehörigkeit(en)
----------	---

<input type="checkbox"/>	Ich möchte meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) behalten. Ich mache geltend, dass ich, um eingebürgert zu werden, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) nicht aufgeben oder verlieren muss.
--------------------------	--

<input type="checkbox"/>	Ich besitze einen Reiseausweis nach Artikel 28 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention)
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	Ich besitze nur die Staatsangehörigkeit anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union oder der Schweiz.
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	Das Recht des/der anderen Staates/Staaten, dessen/deren Staatsangehörigkeit ich besitze, sieht das Ausscheiden aus der Staatsangehörigkeit nicht vor.
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	Der/Die anderen Staat(en), dessen/deren Staatsangehörigkeit ich besitze, verweigert/verweigern regelmäßig die Entlassung aus der Staatsangehörigkeit oder macht/machen die Entlassung von unzumutbaren Bedingungen abhängig.
--------------------------	--

<input type="checkbox"/>	Bei Aufgabe meiner bisherigen Staatsangehörigkeit(en) entstünden erhebliche Nachteile insbesondere wirtschaftlicher oder vermögensrechtlicher Art, die über den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte hinausgingen. Diese Nachteile lege ich in einer Anlage zu diesem Antrag im Einzelnen dar.
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	In meinem Fall ist aus anderen Gründen von der Einbürgerungsvoraussetzung einer Aufgabe oder eines Verlustes der bisherigen Staatsangehörigkeit(en) abzusehen. Diese Gründe lege ich in einer Anlage zu diesem Antrag im Einzelnen dar.
--------------------------	---

VI	Angaben zu anhängigen Ermittlungen wegen des Verdachts einer Straftat, zu anhängigen Strafverfahren und zu strafrechtlichen Verurteilungen im Inland und Ausland Angaben zu Verurteilungen sind nur erforderlich, soweit im Inland erfolgte Verurteilungen im Bundeszentralregister einzutragen sind (vgl. hierzu insbesondere §§ 3, 4, 41 und 42 Bundeszentralregistergesetz - BZRG) beziehungsweise im Ausland erfolgte Verurteilungen bei entsprechender Anwendung des Bundeszentralregistergesetzes in ein Führungszeugnis aufzunehmen wären (vgl. hierzu insbesondere §§ 32 bis 34 BZRG). Bitte beachten Sie hierzu den § 12a Abs. 1 Satz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG)
	Gegen mich wird weder im Inland noch im Ausland wegen des Verdachts einer Straftat ermittelt.
	Ich bin weder im Inland noch im Ausland in einem Strafverfahren einer Straftat angeschuldigt oder angeklagt.
	Ich bin im Inland unbestraft.
	Ich bin im Ausland nicht strafrechtlich verurteilt.
	Es sind Ermittlungen gegen mich wegen des Verdachts einer Straftat oder Strafverfahren anhängig, in denen ich wegen einer Straftat angeschuldigt oder angeklagt bin. Zu den Ermittlungsverfahren beziehungsweise Strafverfahren mache ich in einer Anlage zu diesem Antrag nähere Angaben.
	Gegen mich ist im Inland durch rechtskräftige Entscheidung eines Gerichts auf Strafe erkannt oder eine Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet worden. Dazu mache ich in einer Anlage zu diesem Antrag nähere Angaben.
	Ich bin im Ausland strafrechtlich verurteilt. Dazu mache ich in einer Anlage zu diesem Antrag nähere Angaben.
VII	Angaben zu meinen Kenntnissen der deutschen Sprache
	Deutsch ist meine Muttersprache.
	Ich verfüge aus anderen Gründen offensichtlich über Kenntnisse der deutschen Sprache, die mindestens den Anforderungen der Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch (B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) entsprechen.
	Ich habe im Rahmen eines Integrationskurses erfolgreich an einem Sprachkurs teilgenommen.
	Ich habe eine Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch (B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) oder eine deutsche Sprachprüfung auf höherem Niveau bestanden.
	Ich habe Kenntnisse der deutschen Sprache, die mindestens den Anforderungen der Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch (B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) entsprechen, durch einen Besuch deutschsprachiger Schulen, durch den Erwerb eines deutschen Schulabschlusses oder eines Abschlusses eines Studiums an einer deutschsprachigen Hochschule oder einer deutschen Berufsausbildung erworben.
	Ich verfüge über keine Kenntnisse der deutschen Sprache, die mindestens den Anforderungen der Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch (B 1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen) entsprechen und kann wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung oder altersbedingt solche Kenntnisse nicht erwerben. Nähere Angaben dazu mache ich in einer Anlage zu diesem Antrag.
VIII	Angaben zu meinen Kenntnissen der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland
	Ich habe an einem Einbürgerungstest nach der Einbürgerungstestverordnung erfolgreich teilgenommen.
	Ich habe an einer allgemeinbildenden deutschen Schule einen Hauptschulabschluss oder einen vergleichbaren oder höheren Schulabschluss erworben.
	Ich verfüge über einen erfolgreichen Abschluss einer berufsbildenden Schule oder eines Studiums an einer deutschen Hochschule in den Fachbereichen Rechts-, Gesellschafts-, Sozial-, Politik- oder Verwaltungswissenschaften.
	Ich verfüge über keine solchen Kenntnisse und kann wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung oder altersbedingt solche Kenntnisse nicht erwerben. Nähere Angaben dazu mache ich in einer Anlage zu diesem Antrag. Hinweis: Sie können - auch im Ermessenswege - grundsätzlich nur eingebürgert werden, wenn Sie sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bekennen. Ein solches Bekenntnis können Sie wirksam nur ablegen, wenn Sie über Kenntnisse der freiheitlichen demokratischen Rechts- und Gesellschaftsordnung und der dadurch geprägten Lebensverhältnisse in Deutschland verfügen. Das Bekenntnis müssen Sie grundsätzlich nur dann nicht ablegen, wenn Sie geschäftsunfähig sind oder im Falle Ihrer Volljährigkeit in dieser Angelegenheit zu betreiben und einem Einwilligungsvorbehalt zu unterstellen wären. Dann könnten Sie Ihre Einbürgerung nicht in dieser Form selbständig beantragen.

IX	Nachweise zu den Angaben zu meinem Einbürgerungsantrag unter Ziffer I bis VIII
-----------	---

Zum Nachweis der Angaben, die ich zu meinem Einbürgerungsantrag in diesem Formular und in Anlagen dazu mache, lege ich gemäß dem mir ausgehändigten "Merkblatt über den Nachweis der Einbürgerungsvoraussetzungen" die nachfolgend aufgeführten Unterlagen **im Original** oder in **beglaubigter** Abschrift oder Kopie vor.

Verzeichnis der Unterlagen, die diesem Antrag wie vorgelegt oder in einfacher Kopie des vorgelegten Originals oder der vorgelegten beglaubigten Abschrift oder Kopie beigefügt sind:

1	Zu den Angaben zu meiner Person und Identität (Ziffer I):
2	Zu den Angaben zu meinem rechtmäßig gewöhnlichen Inlandsaufenthalt (Ziffer II):
3	Zu den Angaben zu meiner Verfassungstreue (Ziffer III): Bekenntnis zur Verfassungstreue, Loyalitätserklärung
4	Zu den Angaben zu meiner Unterhaltsfähigkeit (Ziffer IV):
5	Zu den Angaben zur Beibehaltung meiner bisherigen Staatsangehörigkeit(en) (Ziffer V):
6	Zu den Angaben zu anhängigen Ermittlungen wegen des Verdachts einer Straftat, zu anhängigen Strafverfahren und zu strafrechtlichen Verurteilungen im Inland und Ausland (Ziffer VI):
7	Zu den Angaben zu meinen Kenntnissen der deutschen Sprache (Ziffer VII):
8	Zu den Angaben zu meinen Kenntnissen der der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland (Ziffer VIII):

Zu Unterlagen, deren Original ich bei einem Abschluss des Verfahrens zurückerhalten möchte, habe ich dies in der vorstehenden Auflistung mit dem Zusatz "(R)" oder jeweils auf der Vorderseite des ersten Blattes der betreffenden Unterlagen am oberen Rand mit dem Großbuchstaben "R" vermerkt.

Ich weiß, dass ich die von mir vorgelegten Originale derjenigen Unterlagen, von denen ich lediglich eine Kopie dem Antrag beifüge, bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahren muss, weil sonst die Voraussetzungen für meine Einbürgerung möglicherweise nicht sicher festgestellt werden können.

Soweit die Angaben zu meinem Einbürgerungsantrag in diesem Formular unvollständig sind, habe ich die fehlenden Angaben in Anlagen dazu gemacht. **Ich versichere ausdrücklich, dass die Angaben, die ich zu meinem Einbürgerungsantrag in diesem Formular und in Anlagen dazu gemacht habe, vollständig und richtig sind.**

Erklärung

Ich bin auf die folgende Vorschrift des § 42 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) hingewiesen worden:

„Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.“

Wesentliche Voraussetzungen in diesem Sinne sind **unter anderem** Angaben zu **Einkommensverhältnissen, Bestrafungen, Vorstrafen oder Ermittlungsverfahren**, zu **In- und Auslandsaufenthalten** und deren Dauer sowie zu der oder den **bisherigen Staatsangehörigkeit/en**.

Änderungen meiner persönlichen Verhältnisse (z.B. Einkommensverhältnisse, Anschrift, Familienstand, Änderung des Sorgerechts bei miteinzubürgernden Kindern; Verlängerung oder Neuausstellung von Pässen, Änderungen des Aufenthaltstitels etc.) sowie **strafrechtliche Verurteilungen, Strafbefehle oder eingeleitete Ermittlungsverfahren** werde ich **unaufgefordert mitteilen**; entsprechende Belege werde ich unaufgefordert der Einbürgerungsbehörde einreichen.

Ort, Datum	Eigenhändige Unterschrift

Vermerke und Verfügungen der den Antrag entgegennehmenden Behörde (Kreis-/Stadtverwaltung):

Die antragstellende Person hat ihren vorstehenden Einbürgerungsantrag in meiner Gegenwart eigenhändig unterzeichnet.

Ort, Datum	Behördenstempel, Bearbeiterin oder Bearbeiter (Name), Unterschrift
	i. A.